

Dokumentation

Tag der SPD am 10. September 2011: Schule *mitmachen*

Ablauf

Begrüßung: **Dorothea Kliche-Behnke**

Grußwort **Bürgermeister Dr. Soltau**

Hauptrede: **Gabriele Warminski-Leitheußer**, Kultusministerin

Kaffeepause

Workshops

Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops

Schlusswort: **Rita Haller-Haid**, MdL

Sommerfest



Workshop 1: Mehr Demokratie in der Schule

Wie kann mehr Mitbestimmung an den Schulen aussehen?

- Waltraud Berndt-Mohr, Schule mit Zukunft, Vorsitzende des Arbeitskreises Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg

Workshop 2: Schulentwicklung

Wie entwickelt sich die Schullandschaft in Baden-Württemberg und im Kreis Tübingen? Demographische Fakten, GEW-Studie

- Tino Bargel, Mitverfasser des GEWSchulentwicklungsgutachtens Baden-Württemberg
- Norbert Zeller, Stabsstelle im Kultusministerium für die Entwicklung von Gemeinschaftsschulen und Modellschulen in Baden- Württemberg

Workshop 3: Gemeinschaftschule

Wie kann längeres gemeinsames Lernen aussehen? Vorstellung verschiedener Schulformen/Modelle

- Doris Hertkorn-Gärtner, Französische Schule
- Erika Braungardt-Friedrichs, Geschwister-Scholl-Schule
- Dr. Stefan Furst-Blei, schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
- Dieter Holzer: Das Konzept einer israelischen Gesamtschule

Workshop 4: Inklusion

Worin liegt die neue Perspektive? Welche Chancen ergeben sich? Was ist realistisch? Wo stößt Inklusion an ihre Grenzen? Welche Unterstützung von Seiten der Landesregierung ist nötig, damit Inklusion gelingt?

- Gerd Weimer, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- Ingeborg Höhne-Mack, Vorsitzende der Lebenshilfe Tübingen
- Christiane Neumann, Eltern für Inklusion
- Wolfgang Pusch, Schulrat

Parallele Angebote:

„Markt der Möglichkeiten“: Präsentationen von AusstellerInnen, Kinderprogramm mit Hüpfburg und Klettermöglichkeiten



Workshop 1: Mehr Demokratie an den Schulen

Leitung: Patrick Domberg

Anwesende unter Anderem:

- Waltraud Berndt-Mohr (Verein für Schule mit Zukunft und Vorsitzende Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte)
- Alexander Schweizer (Bürgermeister Ehingen)
- Stefan Federle (Lehrer und Stellvertretender Schulleiter Wildermut Gymnasium)
- Moritz (Schülersprecher, Klasse 12)

Protokoll: Jonathan Gauß

Impulsvortrag (Frau Berndt-Mohr)

- Im Grundgesetz ist die Mitbestimmung der Eltern und SchülerInnen festgelegt, das Schulgesetz schwächt diese jedoch zur Mitwirkung ab.
- SMV-Verordnung: „Die SMV stellt sich ihre Aufgaben selbst.“
- Formal werden die Gesetze durchaus eingehalten und die entsprechenden Gremien gebildet, die Ausdifferenzierung und Umsetzung ist aber sehr heterogen.

Gründe für Mitbestimmung:

- Demokratie ist kein Unterrichtsfach, sondern ein Gesellschaftsmodell, das in den Schulen gemeinsam gelebt werden muss.
- Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen sind durchaus in der Lage mitzusprechen und mitzubestimmen, etwa bei der Schulentwicklung, bei Projekten, bei Regeln des Zusammenlebens.
- Beteiligung erfordert Kompetenzen, und Partizipation fördert Selbstständigkeit, andere Meinungen und Mehrheiten zu akzeptieren.
- PISA-Ergebnisse zeigen, dass Länder, in denen demokratische Prinzipien umgesetzt werden, bessere Ergebnisse erzielen.

Erfahrungen aus der Praxis

- Zusammenarbeit mit der Schulleitung funktioniert im Wildermuth gut, problematisch ist hier v.a. die Größe der Schule (Beteiligung und Erreichbarkeit der SchülerInnen).
- Schulkonferenz ist das wichtigste Gremium in der Schule: 6 Lehrervertreter, 3 Elternvertreter und 3 Schülervertreter und Schulleiter als Vorsitzender (! der Schulträger ist nicht dabei, wäre das nicht sinnvoll?)
 - Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulkonferenz sind groß; ohne eine Mehrheit in diesem Gremium können weichenstellende Entscheidungen nicht getroffen werden.
 - Größte Herausforderung ist die repräsentative Demokratie – kann ich als SchülerIn/Vater/Mutter/LehrervertreterIn wirklich meine Repräsentationspflicht wahrnehmen?
 - In der 5./6. Klasse klappt die Zusammenarbeit zwischen Eltern und LehrerInnen auch auf dem kurzen Weg sehr gut, in der Mittelstufe ist sie oft problematischer.

- Die Schulart hat einen großen Einfluss auf die Güte der Zusammenarbeit:
 - Gymnasien sind hier relativ unproblematisch: Die SchülerInnen sind oft auf ihrer Wunschschule und auf der der Eltern; sie sind lange an der Schule und Beziehungen können sich entwickeln, das Klientel der Eltern ist ein anderes.
 - Haupt-/Realschulen: oft nicht die Wunschschule, evtl. Engagement der Eltern und SchülerInnen, aber auch LehrerInnen hier nicht so ausgeprägt.
- Vorschlag: Koordinierungsgruppe/Steuerungsgruppe: LehrerInnen mit Querschnitt durch das Kollegium (Geschlecht, Alter, Fächer) mit Einladung an die Elternvertreter, um dort bereits einmal wichtige Entscheidungen informell vorzubesprechen → Impulse können mit einer längeren Vorlaufzeit gegeben werden, möglicher Zündstoff kann aus Diskussionen und Entscheidungen herausgenommen werden.
- Bereich der Schulentwicklung: Bsp. Gemeinsame Fahrt mit SchülerInnen/Eltern/LehrerInnen über 2 Tage, bei der einfach mal über Schulentwicklung unverbindlich „rumgesponnen“ werden darf.
- Engagement der Mitwirkenden ist wichtig für das Schulklima. Teils verhindern Schulleitungen eine Mitsprache der SchülerInnen und Elternvertreter.
- Schulgesetz wird formal umgesetzt (Elternbeiräte etc.), aber in der Praxis ist die Umsetzung sehr variabel (von Tübingen z.B. wird die Zusammenarbeit sehr positiv geschildert, der Kontakt zwischen Schulträger und Schulen ist intensiv und produktiv).
- Spannungsverhältnis zwischen der Idee, dass der Prozess *bottom-up* von den Schulen/Eltern/SchülerInnen kommt, aber gleichzeitig der Verordnung von oben im Schulgesetz, dass bestimmte Dinge im Gesetz verankert werden müssen.
- Koalitionsvertrag Grüne/SPD: Der Schulträger muss den Antrag für die Gemeinschaftsschule stellen → Er kann das theoretisch im Alleingang entscheiden, allerdings wird das in der Praxis nicht ohne Einbeziehung der Schulen passieren.
 - Französische Schule Tübingen: Antrag auf Gemeinschaftsschule gestellt, hier wird gerade mit allen Schulleitern der weitere Prozess abgesprochen – die Problematik ist, dass die Hauptschulen/Werkrealschulen drastisch einbrechende Schüleranmeldungen aufgrund der Attraktivität der Französischen Schule haben.
- Geschichte der Schule – Demokratie ursprünglich in Schulen nicht sehr verankert; hat sich eher als bürokratischer Apparat entwickelt; nicht auch alle Entscheidungen können demokratisch entschieden werden → mehr Mitbestimmung (als bessere Formulierung).
- Für SchülerInnen wird Demokratie am ehesten in der Klassengemeinschaft gelebt: KlassensprecherIn, Diskussionen über Entscheidungen etc.
 - Klassenstunden als Forum (1x die Woche) fest verankert, um über Probleme zu sprechen und zu entscheiden.
 - Ziel muss auch sein, dass SchülerInnen eine „Corporate Identity“ entwickeln.
 - SchülerInnen brauchen auch Anleitung (u.a. Klassenlehrer, Vertrauenslehrer...) beim Lernen von Mitbestimmung und den Raum für Mitbestimmung.

- Sozialisierung findet zwar nicht nur in der Schule statt, aber eben auch dort. „Die Kinder müssen aufgeräumt sein, nicht nur im Kopf, sondern auch in der Seele und im Herzen.“ → Die Schule ist der Ort, die Institution, in der Demokratie ausprobiert, geübt und vermittelt werden kann.
- Die Bereitschaft zu kandidieren ist oft nicht so groß, dies zu ändern ist ein langwieriger Prozess → wenn Menschen merken, dass sie Veränderungen bewirken, wirkt dies motivierend.
- Vorschlag SMV: Wahl der SchülersprecherIn nicht durch das Gremium der Schülervertretung, sondern durch alle Schülerinnen und Schüler.
- Wunschzettel einer Schulleitung:
 - Die meisten LehrerInnen unterstützen ein Mehr an Freiheit und Partizipationsmöglichkeiten für SchülerInnen;
 - problematisch ist, dass die LehrerInnen sehr viel Kraft und Energie in soziale Probleme von SchülerInnen investieren müssen; hier müssten die entsprechenden ExpertInnen (SchulpsychologInnen etc.) an die Schulen, um die LehrerInnen zu entlasten.
- selbstbestimmtes Lernen als wichtiger Teil der Demokratie, neue Unterrichtsformen

Ergebnisse

Grundgesetz und Landesverfassung schreiben die elterliche Mitbestimmung vor; die Umsetzung im Schulgesetz in Baden-Württemberg ließe jedoch noch etliches an Spielraum für mehr Partizipation zu. Grundsätzlich stellt sich hier die Frage, ob Mitwirkung oder tatsächlich Mitbestimmung das Ziel ist (und von der Schule/den PolitikerInnen...) gewollt ist.

Wie soll Demokratie in der Schule gelehrt und gelebt werden? Demokratie als Lehrfach oder als täglich gelebte Praxis?

Hier sind sich alle TeilnehmerInnen einig, dass zwar auch die Behandlung im Unterricht wichtig ist, aber insbesondere in der praktischen Umsetzung (in der SMV, in der Klasse...) ein größerer Lerneffekt liegt. Daher sollte es ein wichtiges Ziel sein, die Schulen weiter zu demokratisieren. Hierbei sind nicht nur die LehrerInnen, sondern auch Eltern und KommunalpolitikerInnen in der Verantwortung.

Wie viele SchülerInnen werden durch die Partizipation an der Schule überhaupt erreicht?

Nur wenige SchülerInnen engagieren sich etwa in der SMV o.ä. Strukturen, so dass die meisten Jugendlichen von demokratischen Prozessen in der Schule nur am Rande erfahren. Impulse könnten gegeben werden, indem etwa die SchülersprecherInnen direkt durch alle SchülerInnen gewählt werden würden. Letztlich lässt sich (aus den Erfahrungen der DiskussionsteilnehmerInnen) ein deutlicher Unterschied zwischen verschiedenen Schulen und Schularten bei den Möglichkeiten der Partizipation feststellen.

Grundsätzliche Probleme bei der Umsetzung sind: mangelnde Ressourcen, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten (durch die Struktur), mangelndes Interesse.

Die Schulleitung muss hinter der Partizipation stehen und diese aktiv befördern bei SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen.

Workshop 2: Schulentwicklung

Leitung: Werner Walser

- 1.) Referat Timo Bargel, Mitautor der GEW-Studie zum Thema: „Schulentwicklung in der Sekundarstufe in Baden-Württemberg“ -> siehe Handout.
- 2.) Referat Norbert Zeller, Leiter der Stabsstelle im Kultusministerium für die Gemeinschaftsschule und Inklusion.



Workshop 3: Gemeinschaftsschule – länger gemeinsam lernen

Leitung: Thomas Volkmann

A Vorstellung der Französischen Schule in Tübingen durch die Schulleiterin Doris Hertkorn-Gärtner

Ziele: Schule für alle Kinder bis Klasse 10

- Im Mittelpunkt steht das jahrgangsgemischte Unterrichten
- Ein Schulanfang auf neuen Wegen (die ersten drei Schulgänge werden gemeinsam unterrichtet, immer nur 1/3 der SchülerInnen ist neu)
- Gebundene Ganztageschule
- Schulentwicklung mit Schwerpunkt Inklusion mit sonderpädagogischem Dienstag
- Individuelles Fördern

1. Pädagogische Begründung:

- Keine Brüche nach Klasse 4
- Entdeckung von Potentialen und Talenten
- Unterschiedlichkeit als Chance
- Verantwortung für Andere übernehmen
- Alle Kinder – auch die inklusiv beschulten- gehen einen längeren gemeinsamen Weg
- Die Kinder sollen ernst genommen werden, Demokratie lernen, zu Mitbestimmung, Mitverantwortung und Selbständigkeit geführt werden.

2. Die Schule soll ein Haus des Lernens sein:

- Durch das Lernen in der Altersmischung lernen die Kinder auch voneinander
- Je nach Alter wird mit dem Wochenplan gearbeitet, vor Ort gelernt, das Lernen mitgestaltet
- Es werden alle Bildungsstandards aller Schularten angeboten

3. Bausteine des Lernens:

- Tagesplanung
- Projekte
- Kompetenzorientierter Unterricht (z.B. Jenaplan)
- Eigenverantwortung für Lernschritte

4. Umsetzung:

A) Kooperation: Neues Lernen durch neue Personen mit verschiedenen Professionen: LehrerInnen, ErzieherInnen, SonderpädagogInnen aller Schularten, ExpertInnen, Pädagogische AssistentInnen, dazu sollen Netzwerke zur Prozessbegleitung und weitere personelle Ressourcen kommen

B) Raumkonzept: Neues Leben und Lernen braucht neue Räume

Für die Aufbauphase 1 von 2012-2014 ist geplant:

- Umsetzung der mittleren Stufe Kl. 4-6
- Übergangsphase im bisherigen Gebäude (Stufe 4, evtl. Stufe 5)
- 2013 Einrichtung der Stammgruppe

5. Übergänge:

- Durchlässigkeit ist immer gewährleistet
- Nach Klasse 4 ist es möglich, an weiterführende Schule zu wechseln
- Hauptschulabschluss ist nach Klasse 9 und 10 möglich
- Mittlerer Bildungsabschluss nach Klasse 10
- Nach weiteren drei Jahren Abitur

Wünsche:

- Schule soll auch lernende Institution sein
- Schule braucht auch räumliche Erweiterung
- Schule braucht mehr personelle Ressourcen, auch Nichtlehrer!
- Schule braucht Mitsprache bei der Lehrerzuweisung

B Vorstellung des Modellversuchs ErKo an der Geschwister-Scholl-Schule durch Erika Braungardt-Friedrichs

Ziel ist eine Gemeinschaftsschule und länger gemeinsames Lernen.

Unter dem Begriff „ErKo“ – erweiterte Kooperation werden Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten gemeinsam unterrichtet.

Diese heterogene Gruppe ist eine große Herausforderung:

Man muss jedes einzelne Kind ganz genau anschauen: Wo steht es, wo muss gefördert werden? Jede Lehrkraft ist Lerncoach für 9-10 Kinder. Der Lehrer/die Lehrerin wird Lernbegleiter. Das bedeutet ein völlig verändertes Arbeiten für die LehrerInnen. Dazu wurde ein Kompetenzraster für alle drei Schularten erarbeitet, um Überschneidungen herauszufinden. Der Raum zum Arbeiten wird zum Lernatelier mit 100%iger Ruhe. Es gibt Lernpakete, keinen Gleichschritt, ein Lerntagebuch und LernunterstützerInnen.

- Der Wunsch für LernunterstützerInnen wäre, dass ein Netzwerk von verschiedenen Leuten entsteht: Eltern, Caritas, Kunst, Theater usw., die auch bezahlt werden, damit Module für mehr Möglichkeiten entstehen können.

- Ein Wunsch geht an die Landesregierung: die Mitarbeit in Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz usw. soll im Portfolio gewürdigt werden.

- Mehr Fortbildungsmöglichkeiten für das neue Lernen

- Verbesserte Raumangebote an Schulen

Dr. Stefan Fulst-Blei (Schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion)

- Es gibt bereits Strukturen zur Schulpolitik, das pädagogische Konzept ist allerdings noch nicht fertig.
- Dr. Fulst-Blei berichtet von Mannheim, wo außerschulische Anbieter sich zusammengeschlossen haben zu MAUS – Mannheimer Unterstützung Schule. Das Ziel ist, den Übergang in Klasse 5 und die Abschlüsse zu verbessern. Dazu werden Theater, Theater auf Englisch, Kochkurse, Trommeln und andere klassische Kurse angeboten, aber immer in ganz kleinen Gruppen. Sie finden auch samstags statt, und es sind die Stadtbibliothek und die Jugendmusikschule eingebunden.
- Es entsteht ein Netzwerk OES (Operativ Eigenständige Schule)
- Die Jugendhilfe ist beim Einüben des Umgangs mit Minderheiten eingebunden

Herr Holzer vom Karl-von-Frisch-Gymnasium im Schulzentrum auf dem Höhnisch in Dußlingen stellt eine **Gemeinschaftsschule in Israel** vor, die er beim Schüleraustausch und Lehreraustausch kennengelernt hat und die ihn begeistert hat.

a) 6 Jahre Grundschule

b) High School (Gemeinschaftsschule, Junior High School, High School)

c) Bagrud (credits, courses) mit Binnendifferenzierung, also Kurse mit unterschiedlichem Niveau.

Von Anfang an steht die Erlebnispädagogik im Mittelpunkt und das besondere Verhältnis der PädagogInnen zu ihren Schülern. Es ist sehr freundschaftlich und eher auf gleicher Höhe.

Herr Holzer referierte ausführlich und begeistert über die Art und Möglichkeiten der Schule, betonte aber, dass es sich nicht um eine Regelschule handelt.

Zusammenfassung und Vorstellung der Ergebnisse aus Workshop 3 „Gemeinschaftsschule – länger gemeinsam lernen“

Gemeinschaftsschule muss von unten wachsen.

Unterschiedliche Begabungsniveaus müssen vertreten sein.

LehrerInnen werden zu Lernbegleitern.

UnterstützerInnen von außen sollen dazukommen.

Verbindende Elemente sind immer da, auch wenn die Kinder unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten haben.

Die Eltern müssen mitgenommen werden, sie müssen ausführlich eingeführt werden.

Unsere Wünsche:

Aufbau von Ressourcen zur Unterstützung der LehrerInnen.

Aufbau eines Netzwerks zum Start und der Entwicklung der Gemeinschaftsschulen.

Zulassung von Eigenständigkeit der Schulen.

Workshop 4: Inklusion

Leitung: Dorothea Kliche-Behnke

ReferentInnen: Ingeborg Höhne-Mack, Christine Neumann, Wolfgang Pusch, Gerd Weimer

1. Ingeborg Höhne-Mack, Vorsitzende Lebenshilfe Tübingen

- Inklusion als Thema für alle Lebensbereiche und als zentrale gesellschaftliche Aufgabe
- Heterogenität als zentrale Herausforderung
- Anstöße durch die Eltern wichtig
- Mit der Inklusion entsteht ein gemeinsamer Raum für die Freizeit von Kindern mit und ohne Behinderungen. Die inklusive Schule ermöglicht gemeinsame soziale Erfahrungen. Wenigstens in der Tagesbetreuung sollte jetzt schon Inklusion Realität werden. Viele Studien zeigen klar die sozialen Vorteile ohne kognitive Nachteile für die „Normalen“.
- große Hoffnungen in die Landesregierung, aber auch entsprechende Erwartungen: Zugang zum Regelschulsystem, akzeptable Rahmenbedingungen und eine verlässliche Perspektive
- Frage nach Perspektive für die jetzigen Schüler, etwa nach Übergangsregelungen bis zur Schulgesetz-Novelle

2. Christine Neumann, Eltern für Inklusion

- mehr als 269 SchülerInnen an Sonderschulen im Landkreis, 19 SchülerInnen an Regelschulen mit Eingliederungshilfe durch das Landratsamt und 2, bei denen die Integrationskraft von den Eltern bezahlt werde.
- bisherige Modelle der Integration: Außenklassen (keine Inklusion!), Einzelintegration, Integration an Privatschulen und integrative Klassen an Sonderschulen
- Nachteil der Außenklassen: Die SchülerInnen sind nicht am Ort, was die Integration erschwert. Außerdem findet der Unterricht nach dem Lehrplan der Sonderschulen statt.
- Die Einzelintegration wird entweder mit einer Integrationskraft oder mit einer Schulbegleitung ausgestaltet. Die Integrationskräfte werden aber zum Teil von LehrerInnen nicht ernst genommen; Gleichberechtigung ist nötig. Zudem gibt es keine Fortbildungsmöglichkeit für Integrationskräfte.
- Die Eltern mit ihren Kindern wollen nicht mehr auf guten Willen angewiesen sein und sich nicht für ihren Wunsch, zur Regelschule zu gehen, entschuldigen. Das angestrebte Ziel ist die Inklusion in allen Schulen (2013 kommt die Schulgesetz-Novelle zur Inklusion). Auch in die Novelle zur Gemeinschaftsschule sollte die Pflicht zur Inklusion geschrieben werden. Nötig sind überprüfbare Kriterien für Inklusivität (Förderpläne, Team-Teaching, etc.) und

Übergangslösungen für die jetzigen Schüler, die funktionierten, in Absprache mit den Eltern.

Diskussion:

- Erschweren zu viele AssistentInnen/Bezugspersonen den Unterricht?
- Die Assistenten schaffen eine Sonderrolle für das Kind.
- komplizierte Kompetenzverteilung zwischen Bildungshoheit des Landes, Sozialgesetzbuch des Bundes und Kommunen.
- Forderung nach einer unabhängigen Elternberatung im Landkreis zusätzlich zu den bestehenden Beratungsmöglichkeiten
- Die Sonderschulen haben sich weiterentwickelt; es gibt dort sonderpädagogische Beratungsstellen, die auch eine neutrale Beratung leisten.
- Dschungel der Zuständigkeiten, unbestimmten Rechtsbegriffe etc. muss aufgelöst werden und eine einheitliche Zuständigkeit für alle Handicaps geschaffen werden.
- Diagnose des Kindes: Ist sie überhaupt sinnvoll? Verhindert sie möglicherweise die Inklusion? Wie früh kann eine Diagnose valide gestellt werden? Ist sie nicht nötig, damit Klassen nicht zu groß werden?

3. Wolfgang Pusch, Schulrat

Schwerpunktregion Schulamtsbezirk Biberach:

- eine der fünf Inklusions-Schwerpunktregionen im Land
- 400 Meldungen für eine sonderpädagogische Überprüfung, aber nur 114 Anträge auf inklusive Beschulung → Dies zeigt, dass zur Zeit noch beide Systeme nötig sind.
- 193 Meldungen im Bereich Förderschulen, 84 im Bereich Sprachbehinderungsschule etc.
- Im Förderschul-Bereich ist der Anteil des Inklusions-Wunsches am höchsten.
- In der Schwerpunktregion müssen Schulkonferenz und Gesamtlehrerkonferenz der Inklusion zustimmen, aber es gibt auch Ablehnung und Behindertenfeindlichkeit. Deshalb ist es nicht sinnvoll, dies ins Gesetz zu übernehmen.
- Es muss genug Fachpersonal der betreffenden Richtungen an den Regelschulen sein; es ist eine Herausforderung, die Fachlichkeit zu erhalten. Das Wahlrecht der Eltern ist wichtig, aber es muss Grenzen geben. Eine Aufhebung der Schulbezirke macht Schulplanung unmöglich.
- Die Grenzen der Inklusion müssen also geklärt werden.
- Wolfgang Pusch berichtete, nicht nur Eltern, auch Schulen stellten Anträge auf Inklusion.

Diskussion:

- Eltern wollen möglichst keine Schulwechsel ihrer Kinder
- Zustimmungsregelung gibt es bei anderen Fragen auch nicht
- Ängste (auch der LehrerInnen) verhindern mehr Anträge auf Inklusion
- Inklusion gilt für alle Behinderungsarten, bei sehr schweren Behinderungen aber gibt es Probleme.

4. Gerd Weimer, Beauftragter der Landesregierung für Belange behinderter Menschen

- Inklusion soll in allen Bereichen gelten.
- Dschungel der Zuständigkeitsverteilung als Problem → Ziel: große Lösung der Reform der Zuständigkeiten
- Inklusion bedeute im Gegensatz zur Integration, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich an die Bedürfnisse behinderter Kinder und Jugendlicher anpassen sollen.
- Baden-Württemberg ist auf dem Feld der Inklusion relativ weit hinterher.
- Umsetzungspläne zu den Gebieten Arbeit, Komplex-Einrichtungen und Schule sind in Arbeit.
- notwendig: Veränderung der Ausbildung, die Individualisierung des Unterrichts und mehr Personal und Geld
- In der Frage der Inklusion gehe ein Riss durch die Organisationen der Behindertenhilfe. Die hohe Qualität der Sonderschulen muss erhalten bleiben und es gilt das Rucksackprinzip (Leistungen folgen dem Kind).
- Kurzfristig keine Schließungen von Sonderschulen möglich

Diskussion:

- Nebeneinander der Systeme nötig.
- Forderungen nach Fortbildung für ErzieherInnen und LehrerInnen sei nötig
- Orientierung an Best-Practice-Beispielen (Inklusionspreis der Lebenshilfe, bei dem sich u.a. die August-Lämmle-Schule beworben hat)
- Probleme bei der Inklusion, die ernst genommen werden müssen, die Menschen dürfen mit diesen nicht allein gelassen werden.
- noch immer viele Widerstände in Schulen
- Ansatzpunkt für den Aufbruch: an den Grundschulen
- Gymnasien dürfen nicht außen vor bleiben



